

## Die Krise aus der Nähe gesehen



BERLIN. Die Auswirkungen der Schuldenkrise in Spanien - davon konnte sich die Reutlinger Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke vor Ort ein eigenes Bild machen. Mit dem Parlamentsausschuss für Arbeit und Soziales hat sie die Iberische Halbinsel bereist. Drei Fragen an die Grünen-Politikerin.

**1** *Frau Müller-Gemmeke, Sie haben die Schuldenkrise quasi aus der Nähe besichtigt. Wie ist die Lage?*

**Beate Müller-Gemmeke:** Die Auswirkungen sind verheerend. Die spanische Gesellschaft spaltet sich regelrecht. Auf der einen Seite diejenigen, die Arbeit haben und gut verdienen, auf der anderen diejenigen ohne Job: Die Arbeitslosenquote liegt bei 25 Prozent, von den unter 25-Jährigen ist jeder Zweite ohne Arbeit. Außerdem funktionieren die Hilfesysteme nicht, oder die Leistungen sind schlechter als bei uns. In der Summe gibt es mindestens 600 000 Haushalte völlig ohne Einkommen. Ich habe dort die Verzweiflung einer Frau gesehen: Sie und ihr Mann haben nacheinander ihre Arbeitsplätze verloren. Und dann fliegen die einfach so raus aus allen Versorgungssystemen. Täglich kommt es inzwischen zu 170 Zwangsräumungen, weil die Leute kein Geld mehr haben.

**2** *Was tun die politischen Kräfte, die konservative Regierung unter Ministerpräsident Mariano Rajoy oder die Gewerkschaften, um eine Trendumkehr zu bewirken?*

**Müller-Gemmeke:** Momentan geht es eher in die falsche Richtung. Es gibt neben der offiziellen Politik eine aktive Zivilgesellschaft. Neben den Gewerkschaften gehören Organisationen dazu wie die Caritas und zivile Protestgruppen, die sehr fundiert arbeiten. Das Hauptproblem ist die Sprachlosigkeit. Es gibt keinen echten Dialog. Man redet zwar über Sozialpartnerschaft, aber man praktiziert sie nicht. Die Regierung hat mit der Protestbewegung noch nicht einmal geredet. Wird diese Sprachlosigkeit nicht durchbrochen, dann drohen soziale Unruhen.

**3** *Was müssen die Spanier und was müssen die Europäer tun, damit sich die Lage bessert?*

**Müller-Gemmeke:** Von der europäischen Seite, und da spielt Deutschland eine große Rolle, muss wirksame Solidarität praktiziert werden. Vor allem muss man aufhören, allein auf einseitige Sparpolitik zu setzen. Mit diesem sozial unverträglichen Sparen wird eine Gesellschaft wie die in Spanien in die Rezession getrieben. Besser wäre es, die Fristen, in denen die Defizite abgebaut werden müssen, zu strecken. Die Volkswirtschaften brauchen mehr Luft zum Atmen. Und sie brauchen kluge Investitionen. Sinnvoll wären Investitionen nicht mehr in die kollabierte Immobilienwirtschaft, sondern etwa in erneuerbare Energien: Spanien importiert derzeit 90 Prozent seines Energiebedarfs. Das würde auch Jobs schaffen. (iri)